

No. 32956

**AUSTRIA
and
TURKEY**

**Agreement supplementary to The Hague Convention of
1 March 1954 relating to Civil Procedure. Signed at
Ankara on 16 September 1988**

Authentic texts: German and Turkish.

Registered by Austria on 16 July 1996.

**AUTRICHE
et
TURQUIE**

**Accord additionnel à la Convention de La Haye du 1^{er} mars
1954 relative à la procédure civile. Signé à Ankara le
16 septembre 1988**

Textes authentiques : allemand et turc.

Enregistré par l'Autriche le 16 juillet 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ZUSATZABKOMMEN VOM 16. SEPTEMBER 1988 ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK TÜRKEI ZUM HAAGER ÜBEREINKOMMEN VOM 1. MÄRZ 1954 BE- TREFFEND DAS VERFAHREN IN BÜRGERLICHEN RECHTS- SACHEN

Die Republik Österreich und die Republik Türkei sind in dem Wunsch, in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten die Anwendung des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen^{*)} zu erleichtern, übereingekommen, ein Zusatzabkommen zu schließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt

der Bundespräsident der Republik Österreich:

Herrn Dr. Alois Mock,
Vizekanzler, Bundeminister für auswärtige Angelegenheiten;

der Präsident der Republik Türkei:

Herrn Ahmet Mesut Yılmaz,
Minister für auswärtige Angelegenheiten;

die nach dem Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Angehörigen eines der beiden Staaten genießen im anderen Staat für ihre Person und ihr Vermögen den gleichen Rechtsschutz wie die Angehörigen dieses Staates. Sie haben zu diesem Zweck freien Zutritt zu den Gerichten und können vor diesen unter den gleichen Bedingungen auftreten wie die Angehörigen des anderen Staates.

Artikel 2

Die Angehörigen des einen der beiden Staaten werden im anderen Staat unter den gleichen Bedingungen wie dessen Angehörige zur Verfahrenshilfe zugelassen.

Artikel 3

Treten Angehörige eines der beiden Staaten im anderen Staat vor Gericht auf, so darf ihnen wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer oder deswegen, weil sie keinen Wohnsitz oder Aufenthalt in dem

Staat haben, in dem das Verfahren stattfindet, eine Sicherheitsleistung oder eine Hinterlegung, unter welcher Bezeichnung auch immer, nicht auferlegt werden.

Artikel 4

Die gerichtlichen und außergerichtlichen Schriftstücke, die Personen im ersuchten Staat zugestellt werden sollen, werden unmittelbar vom Justizministerium des ersuchenden Staates dem Justizministerium des ersuchten Staates übersandt.

Die Zustellung wird nach dem Recht des ersuchten Staates vorgenommen. Wird um Zustellung in einer besonderen Form ersucht, so wird diesem Ersuchen entsprochen, soweit dies nicht dem Recht des ersuchten Staates zuwiderläuft. Der Zustellnachweis wird vom Justizministerium des ersuchten Staates dem Justizministerium des ersuchenden Staates übersandt; ist die Zustellung nicht erfolgt, so werden die Gründe dafür bekanntgegeben.

Allfällige Anfragen und Mitteilungen werden ebenfalls im unmittelbaren Verkehr zwischen den beiden Justizministerien übersandt.

Artikel 5

Die Rechtshilfeersuchen, die Personen im ersuchten Staat betreffen, werden vom Justizministerium des ersuchenden Staates dem Justizministerium des ersuchten Staates übersandt.

Die Rechtshilfeersuchen werden nach dem Recht des ersuchten Staates erledigt. Wird um Rechtshilfe in einer besonderen Form ersucht, so wird diesem Ersuchen entsprochen, soweit dies nicht dem Recht des ersuchten Staates zuwiderläuft. Die Erledigungsakten werden vom Justizministerium des ersuchten Staates dem Justizministerium des ersuchenden Staates übersandt; wird das Rechtshilfeersuchen nicht erledigt, so werden die Gründe dafür bekanntgegeben.

Allfällige Anfragen und Mitteilungen werden ebenfalls im unmittelbaren Verkehr zwischen den beiden Justizministerien übersandt.

Artikel 6

Die Übersendungsschreiben der Justizministerien werden in deutscher und türkischer Sprache verfaßt.

Die zuzustellenden Schriftstücke und die Rechts-hilfeersuchen werden mit einer beglaubigten Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates versehen.

Die Richtigkeit der Übersetzungen kann auch von einem beideten Dolmetscher des ersuchenden Staates beglaubigt sein.

Die zuzustellenden Schriftstücke brauchen nur in je einer Ausfertigung in deutscher und türkischer Sprache übersandt werden.

Artikel 7

Falls das ersuchende Gericht es wünscht, wird es rechtzeitig von Ort und Zeit der durchzuführenden Rechtshilfehandlung verständigt, um dies den Parteien bekanntzugeben. Diese Verständigung wird unmittelbar zwischen den beiden Justizministerien übersandt.

Artikel 8

Ist das ersuchte Gericht für die Erledigung eines Zustellungersuchens oder eines Rechtshilfeersuchens nicht zuständig, so leitet es das Ersuchen von Amts wegen an das zuständige Gericht weiter.

Ist die im Ersuchen bezeichnete Person unter der angegebenen Anschrift nicht auffindbar, so trifft das ersuchte Gericht Maßnahmen zur Feststellung der richtigen Anschrift.

Artikel 9

Die ausschließliche Zuständigkeit der Gerichte des ersuchten Staates begründet nicht die Ablehnung der Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke und der Erledigung von Rechtshilfeersuchen, die sich auf in diese Zuständigkeit fallende Angelegenheiten beziehen.

Artikel 10

Die beiden Staaten verzichten gegenseitig auf die Erstattung aller Auslagen, die ihnen durch die Erledigung von Ersuchen um Zustellung oder Rechtshilfe erwachsen. Ausgenommen hiervon sind Vergütungen an Sachverständige.

Artikel 11

Jeder der beiden Staaten kann Zustellungersuchen durch seine eigenen diplomatischen oder kon-

sularischen Vertreter erledigen lassen, soweit es sich bei den von der Zustellung betroffenen Personen um eigene Staatsangehörige handelt.

Artikel 12

Der Antrag auf Vollstreckung einer Entscheidung, durch die der Kläger oder Intervenient, der nach Artikel 3 von einer Sicherheitsleistung oder einer Hinterlegung befreit war, in einem der beiden Staaten zur Zahlung der Prozeßkosten verurteilt wird (Artikel 18 und 19 des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954), kann vom Berechtigten unmittelbar beim zuständigen Gericht gestellt werden.

Artikel 13

Die Bescheinigung der zuständigen Behörde, daß die Kostenentscheidung die Rechtskraft erlangt hat, bedarf keiner Bestätigung der höchsten Justizverwaltungsbehörde im ersuchenden Staat nach Artikel 19 Absatz 3 zweiter Satz des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954.

Artikel 14

Die im Artikel 19 Absatz 2 Ziffer 3 des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 vorgesehene Übersetzung kann auch von einem beideten Dolmetscher des ersuchenden Staates beglaubigt sein.

Artikel 15

Urkunden, die in einem der beiden Staaten von einem Gericht oder von einem Notar ausgestellt oder beglaubigt sind, bedürfen im anderen Staat keiner weiteren Beglaubigung.

Artikel 16

Die Justizministerien der beiden Staaten erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte über ihr Recht für Zwecke zivilgerichtlicher Verfahren.

Artikel 17

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens treten die Artikel 1 bis 17 des Übereinkommens vom 22. Juni 1930 zwischen Österreich und der Türkei über die wechselseitigen rechtlichen Beziehungen in Zivil- und Handelssachen und über die Vollstreckungshilfe außer Kraft.

Artikel 18

Jede Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Auslegung oder der Anwendung dieses Abkommens, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnte, ist auf diplomatischem Weg beizulegen.

Artikel 19

Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden in Wien ausgetauscht.

Das Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden, in Kraft.

Jeder der beiden Staaten kann das Abkommen auf diplomatischem Weg durch schriftliche, an den Vertragspartner gerichtete Notifikation kündigen.

Die Kündigung wird am letzten Tag einer Frist von 6 Monaten, gerechnet vom Tag des Einlangens dieser Notifikation, wirksam.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Ankara, am 16. September 1988 in zweifacher Urschrift in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Wortlaute gleichermaßen verbindlich sind.

Für die Republik
Österreich:

MOCK

Für die Republik
Türkei:

YILMAZ

[TURKISH TEXT — TEXTE TURC]

AVUSTURYA CUMHURİYETİ VE TÜRKİYE CUMHURİYETİ'NİN TARAF BULUNDUKLARI 1.3. 1954 TARİHLİ HUKUK USU- LÜNE DAİR LAHEY SÖZLEŞMESİ'NE İLİŞKİN OLARAK YAP- TIKLARI 16 EYLÜL 1988 TARİHLİ EK ANLAŞMA

Avusturya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti, Her iki ülkenin de taraf bulunduğu 1.3. 1954 tarihli Hukuk Usulüne Dair Lahey Sözleşmesi'nin uygulanmasını kolaylaştırmak amacıyla bu konuda bir Anlaşma aktarılmasını kararlaştırmışlardır. Bu amaçla,

Avusturya Cumhuriyeti Federal Cumhurbaşkanı,
Sayın Dr. Alois Mock
Başbakan Yardımcısı, Federal Dışişleri Bakanı

Türkiye Cumhuriyeti Cumhurbaşkanı,

Sayın Ahmet Mesut Yılmaz
Dışişleri Bakanı yetkili temsilcileri olarak atamış-
lardır.

Bu Temsilciler, usulüne uygun ve geçerli yetki belgelerini gösterdikten sonra aşağıdaki hükümler üzerinde anlaşmışlardır:

Madde 1

İki ülkeden birinin vatandaşları diğer ülkede o ülkenin vatandaşları gibi kendileri ve malları için aynı hukuki güvence altındadırlar. Bu maksatla da mahkemelere müracaat edebilir ve o ülke vatandaşları gibi aynı şartlarla mahkeme önüne çıkabilirler.

Madde 2

İki ülkeden birinin vatandaşları diğerinin ülkesinde, aynen o ülke vatandaşları gibi adli müzaheretten yararlanacaklardır.

Madde 3

İki ülkeden birinin vatandaşlarından diğer ülkede mahkeme huzuruna çıkukları zaman yabancı olmaları veya davanın görüldüğü ülkede ikâmet etmemeleri sebebiyle, her ne nam altında olursa olsun bir teminat veya depozito istenemez.

Madde 4

Diğer Akit Devletin ülkesinde bulunan kişiler hakkındaki adli veya gaynadli evrakla ilgili tebligat

talepleri doğrudan talepte bulunan Devlet Adalet Bakanlığı tarafından talepte bulunulan Devlet Adalet Bakanlığına intikal ettirilecektir.

Tebliğat, talepte bulunulan Devlet hukukunda öngörülen şekil ve şartlarla gerçekleştirilecektir. Ayrıca tebligatın özel bir şekilde yapılması hususundaki talep, talepte bulunulan Devletin mevzuatına aykırı olmadığı takdirde yerine getirilecektir. Tebligatın yapıldığına dair belge, talepte bulunulan Devlet Adalet Bakanlığı tarafından talepte bulunan Devlet Adalet Bakanlığına gönderilecektir. Tebligat gerçekleştirilmemişse bunun sebepleri bildirilecektir.

Tebliğata ilişkin tekidler ve bildirimler de keza Adalet Bakanlıkları arasında yapılır.

Madde 5

Diğer Akit Devletin ülkesinde bulunan kişiler hakkındaki istinabe talepleri, talepte bulunan Devlet Adalet Bakanlığı tarafından talepte bulunulan Devlet Adalet Bakanlığına intikal ettirilecektir.

Adli yardım talebinde bulunulan Devlet Adalet Bakanlığı kendi iç hukukunda öngörülen şekil ve şartlarla istinabeyi gerçekleştirecektir. Ayrıca istinabenin özel bir şekilde yapılması hususundaki talep, talepte bulunulan Devletin mevzuatına aykırı olmadığı takdirde yerine getirilecektir. Gerçekleştirilen istinabenin belgeleri talepte bulunulan Devlet Adalet Bakanlığı tarafından talepte bulunan Devlet Adalet Bakanlığına gönderilecektir. Talebin yerine getirilmemesi halinde bunun sebepleri bildirilecektir.

İstinabeye ilişkin tekidler ve bildirimler de keza doğrudan Adalet Bakanlıkları arasında yapılır.

Madde 6

Adalet Bakanlıklarının takdim yazıları Türkçe ve Almanca olarak hazırlanacaktır.

Tebliğ ve istinabe evrakı, talepte bulunulan Devletin diline tasdikli tercüme ettirilecektir.

Bu tercümenin doğruluğu için talepte bulunan ülkenin yeminli tercümanı tarafından tasdikü yeterlidir.

Tebliğ ve istinabe evrakının Türkçe ve Almanca olarak birer nüsha olarak intikal ettirilmesi yeterlidir.

Madde 7

Talep eden mahkeme istediği takdirde, zamanında dava taraflarına bildirmek üzere istinabenin yapılacağı yer ve tarihten haberdar edilecektür. Ancak, bu bilgiler keza Adalet Bakanlıkları kanalıyla teati edilecektür.

Madde 8

Tebliğat veya istinabe talebinin intikal ettirildiği mahkeme bu konularda yetkili değilse, talebi re'sen yetkili mahkemeye havale edecektir.

Talepte sözü edilen şahıs verilen adreste bulunamamış ise, talebi yerine getirmekle görevli mahkeme, kendisinin adresinin tesbiti için gerekli girişimlerde bulunacaktır.

Madde 9

Adli veya gayri adli evrakın tebliği veya istinabe taleplerinin yerine getirilmesi, sırf, talepte bulunulan ülke mahkemelerinin bu konularda münhasır yetkilerinin bulunduğu gerekçesiyle geri çevrilemez.

Madde 10

Akit Taraflar, birbirkilere ödenecek ücretler hariç, tebliğat veya istinabe taleplerinin yerine getirilmesi dolayısıyla, karşılıklı olarak hiçbir ücret veya masraf talebinde bulunmayacaklardır.

Madde 11

Akit Taraflardan herbiri, diğerinin ülkesinde bulunan vatandaşlarına kendi diplomatik veya konsolosluk temsilcileri kanalıyla tebliğat yapabilir.

Madde 12

Üçüncü madde çerçevesinde davanın görüldüğü Devlet mahkemeleri tarafından teminat ve kefaletten muaf tutulmuş olan davacı veya müdahil aleyhine Akit Taraflardan biri ülkesinde verilmiş mahkeme masraflarına ilişkin mahkûmiyet kararları hakkında, ilgililerin başvuruları üzerine 1 Mart

1954 tarihli Lahey Hukuk Usulüne Dair Sözleşmesi'nin 18. ve 19. maddeleri uyarınca diğer Akit Devlet yetkili mahkemesince tenfiz kararı verilecektir.

Madde 13

Masraflarla ilgili kararın kesinleşmiş olduğuna dair ilgili makamdan verilecek belgenin 1 Mart 1954 tarihli Lahey Sözleşmesinin 19. maddesi 3. paragrafı ve 2. fıkrası gereğince talepte bulunan ülkenin en yüksek adli makamı tarafından tasdikü gerekmez.

Madde 14

1 Mart 1954 tarihli Lahey Sözleşmesinin 19. maddesi 2. paragrafı ve 3. fıkrasında öngörülen tercüme, talep eden ülkenin yeminli bir tercümanı tarafından da tasdik edilebilir.

Madde 15

Her iki ülkenin birinde bir mahkeme veya noterlik tarafından düzenlenen veya tasdik edilen evrakların diğer ülkede yeniden tasdik edilmesine gerek yoktur.

Madde 16

Her iki ülkenin Adalet Bakanlıkları talep üzerine hukuk davalarına ilişkin olarak kendi mevzuatı hakkında birbirlerine bilgi vereceklerdir.

Madde 17

Bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesi ile Türkiye ve Avusturya arasında Münakit Hukuki ve Ticari Mevaddi Adliyeye Muteallik Münasebetlere ve Adli Kararların Tenfizine dair 22 Haziran 1930 tarihli Anlaşmanın 1'den 17'ye kadar olan maddeleri yürürlükten kalkar.

Madde 18

Bu Anlaşmanın uygulanması ve yorumuyla ilgili olarak iki Devlet arasında ortaya çıkabilecek görüş ayrılıkları diplomatik yoldan çözümlenir.

Madde 19

Bu Anlaşma onaylanacak olup, onay belgeleri Viyana'da teati edilecektir.

Anlaşma, onay belgelerinin teatisinden sonraki 3. ayın ilk günü yürürlüğe girecektir.

İki Devletten herbiri Sözleşmeyi diplomatik kanaldan yazılı olarak fesh edebilir. Anlaşmanın feshi fesih bildiriminin ele geçtiği günden sonra geçen 6 aylık bir sürenin son gününden itibaren hüküm ifade eder.

Yukarıdaki hükümleri tasdik etmek üzere isimleri geçen temsilciler işbu Ek Anlaşmayı imza etmişlerdir.

Bu Anlaşma Almanca ve Türkçe olarak ve her iki metinde aynı şekilde geçerli olmak üzere 16 Eylül 1988 tarihinde Ankara'da ikişer nüsha halinde tanzim edilmiştir.

Avusturya Cumhuriyeti

Adına:

MOCK

Türkiye Cumhuriyeti

Adına:

YILMAZ

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ OF 16 SEPTEMBER 1988 BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF TURKEY SUPPLEMENTARY TO THE HAGUE CONVENTION OF 1 MARCH 1954 RELATING TO CIVIL PROCEDURE²

The Republic of Austria and the Republic of Turkey,

Desiring, in the relations between the two States, to facilitate the application of The Hague Convention of 1 March 1954 relating to civil procedure,²

Have resolved to conclude a supplementary Agreement and to that end have appointed as their plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria:

Dr. Alois Mock, Vice-Chancellor, Federal Minister for Foreign Affairs;

The President of the Republic of Turkey:

Mr. Ahmet Mesut Yilmaz, Minister for Foreign Affairs;

who, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed on the following provisions:

Article 1

Nationals of one of the two States shall enjoy in the other State the same legal protection of their person and property as that which is afforded to nationals of that other State. To this end, they shall have free access to the courts and may appear before them under the same conditions as nationals of the other State.

Article 2

Nationals of either of the two States shall be eligible for legal aid in the other State under the same conditions as the nationals of that other State.

Article 3

If nationals of one of the States appear before the courts in the other State, the fact that they are aliens or do not have a residence or place of abode in the State in which the proceedings are taking place shall not of itself make them subject to bail or payment of a security, however designated.

Article 4

Writs and extrajudicial documents which are to be served on persons in the requested State shall be transmitted directly by the Ministry of Justice of the requesting State to the Ministry of Justice of the requested State.

Service of the documents shall be performed in accordance with the law of the requested State. If service in a specific form is requested, this request shall be

¹ Came into force on 1 November 1992 by the exchange of instruments of ratification at Vienna, in accordance with article 19.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 286, p. 265.

granted, provided that this does not contravene the law of the requested State. The proof of service shall be sent by the Ministry of Justice of the requested State to the Ministry of Justice of the requesting State. If service is not performed, the reasons for this shall be communicated.

Any questions and communications shall also be transmitted directly between the two Ministries of Justice.

Article 5

Letters rogatory concerning persons in the requested State shall be transmitted by the Ministry of Justice of the requesting State to the Ministry of Justice of the requested State.

The letters rogatory shall be executed in accordance with the law of the requested State. If the legal assistance covered by the letter rogatory is requested in a particular form, this request shall be granted, provided that this does not contravene the law of the requested State. The records of execution shall be transmitted by the Ministry of Justice of the requested State to the Ministry of Justice of the requesting State; if the letter rogatory is not executed, the reasons for this shall be communicated.

Any questions and communications shall also be transmitted directly between the two Ministries of Justice.

Article 6

The letters of transmittal of the Ministries of Justice shall be in the German and the Turkish languages.

The documents to be served and the letters rogatory shall be accompanied by a certified translation into the language of the requested State.

The accuracy of the translations may also be certified by a sworn interpreter of the requesting State.

Only one copy of the documents to be served, in the German and the Turkish languages, is required to be transmitted.

Article 7

If the requesting court so desires, it shall be informed in good time of the place and time of the procedure involving legal assistance, so that it may communicate this information to the parties. Such information shall be transmitted directly between the two Ministries of Justice.

Article 8

If the requested court does not have jurisdiction to execute a request for service or a letter rogatory, it shall automatically forward the request to the competent court.

If the person described in the request or letter rogatory cannot be found at the address given, the requested court shall take measures to determine the correct address.

Article 9

The service of writs and extrajudicial documents or the execution of letters rogatory may not be refused on the grounds that the courts of the requested State have exclusive jurisdiction over the matters to which such writs, extrajudicial documents or letters rogatory refer.

Article 10

The two States shall, on the basis of reciprocity, waive the reimbursement of costs incurred by them as a consequence of the service of documents and the execution of letters rogatory. An exception shall be made for the payment of fees to experts.

Article 11

Either of the two States may have requests for service executed by its diplomatic or consular representatives, provided that the requests concern persons who are its own nationals.

Article 12

A petition for enforcement of a decision under which court costs have been awarded in one of the States against a plaintiff or intervening party who had been exempted from payment of bail or a security in accordance with article 3 (articles 18 and 19 of The Hague Convention of 1 March 1954) may be submitted by the obligee directly to the competent court.

Article 13

The statement by the competent authority that the decision on costs has become final shall not require to be certified by the highest official in charge of the administration of justice in the requesting State, as referred to in article 19, paragraph 3, second sentence, of The Hague Convention of 1 March 1954.

Article 14

The translation referred to in article 19, paragraph 2, subparagraph 3, of The Hague Convention of 1 March 1954 may also be certified by a sworn interpreter of the requesting State.

Article 15

Documents which have been issued or authenticated by a court or a notary in one of the two States shall require no further authentication in the other State.

Article 16

The Ministries of Justice of the two States shall inform one another upon request about their law for purposes of civil proceedings.

Article 17

With the entry into force of this Agreement, articles 1 to 17 of the Convention between Austria and Turkey on mutual legal relations in civil and commercial matters and on the enforcement of legal sentences of 22 June 1930¹ shall cease to have effect.

¹ See p. 319 of this volume.

Article 18

Any differences of opinion which may arise between the two States in connection with the interpretation or application of this Agreement shall be settled through the diplomatic channel.

Article 19

This Agreement shall require ratification. The instruments of ratification shall be exchanged in Vienna.

The Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

Either of the two States may denounce the Agreement by written notification to the other Contracting State through the diplomatic channel. The denunciation shall become effective on the last day of a period of six months, reckoned from the date of receipt of that notification.

IN WITNESS WHEREOF, the plenipotentiaries have signed this Agreement.

DONE at Ankara on 16 September 1988 in duplicate in the German and the Turkish languages, both texts being equally binding.

For the Republic
of Austria:

MOCK

For the Republic
of Turkey:

YILMAZ

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ DU 16 SEPTEMBRE 1988 ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE TURQUIE ADDITIONNEL À LA CONVENTION DE LA HAYE DU 1^{er} MARS 1954 RELATIVE À LA PROCÉDURE CIVILE²

La République d'Autriche et la République de Turquie,

Désirant, dans les rapports entre les deux Etats, faciliter l'application de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954 relative à la procédure civile², ont décidé de conclure un Accord complémentaire et ont désigné à cette fin pour leurs plénipotentiaires,

Le Président fédéral de la République d'Autriche :

Dr Alois Mock, Vice-chancelier, Ministre fédéral des Affaires étrangères,

Le Président de la République de Turquie :

Monsieur Ahmet Mesut Yilmaz, Ministre des Affaires étrangères,

lesquels, après s'être communiqués leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article 1

Les ressortissants de chacun des Etats contractants jouissent, dans le territoire de l'autre Etat, du même traitement que les ressortissants de ce dernier Etat en ce qui concerne la protection légale et juridique de leur personne et de leurs biens. Ils ont à cette fin librement accès aux tribunaux et peuvent comparaître en justice dans les mêmes conditions que les ressortissants de l'autre Etat.

Article 2

Les ressortissants de chacun des deux Etats ont droit à l'assistance judiciaire dans les mêmes conditions que les ressortissants de l'autre Etat.

Article 3

Si des ressortissants de l'un des deux Etats comparaissent devant une juridiction, on ne peut leur imposer de verser une garantie ou un dépôt, quelle qu'en soit la désignation, en invoquant le fait qu'ils sont étrangers ou qu'ils n'ont pas de domicile ou de lieu de séjour dans l'Etat considéré.

Article 4

Les actes judiciaires et extrajudiciaires qui doivent être signifiés à des personnes dans l'Etat requis sont communiqués directement par le Ministère de la justice de l'Etat requérant au Ministère de la justice de l'Etat requis.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} novembre 1992 par l'échange des instruments de ratification à Vienne, conformément à l'article 19.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 286, p. 265.

La signification s'effectue conformément aux règles juridiques de l'Etat requis. Si une signification est requise dans une forme particulière, il est fait droit à cette requête, dans la mesure où cela n'est pas contraire aux dispositions du droit de l'Etat requis. La preuve de la signification est adressée par le Ministère de la justice de l'Etat requis au Ministère de la justice de l'Etat requérant; si la signification n'a pas été effectuée, les raisons en sont indiquées.

De même les demandes et notifications éventuelles sont transmises par échange direct de correspondance entre les deux Ministères de la justice.

Article 5

Les commissions rogatoires concernant des personnes résidant sur le territoire de l'Etat requis sont communiquées par le Ministère de la justice de l'Etat requérant au Ministère de la justice de l'Etat requis.

Les commissions rogatoires sont exécutées conformément à la législation de l'Etat requis. Si une commission rogatoire est demandée sous une forme particulière, il est fait droit à cette demande dans la mesure où cela n'est pas contraire aux dispositions du droit de l'Etat requis. Les actes d'exécution sont envoyés par le Ministère de la justice de l'Etat requis au Ministère de la justice de l'Etat requérant; si la commission rogatoire n'est pas exécutée, les raisons en sont indiquées.

De même les demandes et notifications éventuelles sont transmises par échange direct de correspondance entre les deux Ministères de la justice.

Article 6

Les documents d'expédition des Ministères de la justice sont rédigés en langue allemande et en langue turque.

Les actes à signifier et les commissions rogatoires sont assortis d'une traduction certifiée dans la langue de l'Etat requis.

L'exactitude des traductions peut être aussi certifiée par un traducteur agréé de l'Etat requérant.

Les actes à signifier ne doivent être transmis qu'en un seul exemplaire en langue allemande et en langue turque.

Article 7

Si le tribunal requérant le souhaite, il est informé en temps utile du lieu et de la date de l'exécution de la commission rogatoire, en vue de les notifier aux parties. Les deux ministères de la justice se communiquent directement ces informations.

Article 8

Si le tribunal requis pour l'exécution d'une demande de signification ou d'une commission rogatoire n'est pas compétent, il transmet d'office la demande au tribunal compétent.

Si la personne mentionnée dans la demande ne peut être trouvée à l'adresse indiquée, le tribunal requis prend des dispositions pour découvrir l'adresse effective.

Article 9

La compétence exclusive des tribunaux de l'Etat requis ne constitue pas un motif suffisant pour refuser la signification d'actes judiciaires ou extrajudiciaires ou

l'exécution de commissions rogatoires pour des questions relevant du domaine de ladite compétence.

Article 10

Sur une base de réciprocité, les deux Etats renoncent au remboursement de tous les frais résultant pour eux de la signification de documents ou de l'exécution de demandes rogatoires. Cependant cette disposition ne s'applique pas aux rémunérations d'experts.

Article 11

Chacun des deux Etats peut charger ses propres représentants diplomatiques ou consulaires d'assurer la signification de documents dans la mesure où les personnes concernées par la signification sont ses propres ressortissants.

Article 12

La demande d'exécution d'une décision par laquelle le demandeur ou l'intervenant exempté du versement d'une garantie ou d'un dépôt en vertu de l'article 3 est condamné dans l'un des deux Etats à payer les frais du procès (articles 18 et 19 de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954) peut être présentée par l'intéressé directement au tribunal compétent.

Article 13

L'attestation par laquelle l'autorité compétente certifie que la décision relative aux frais procéduraux a acquis force de loi n'a pas à être confirmée par l'autorité supérieure de l'administration judiciaire de l'Etat requérant aux termes de la deuxième phrase du paragraphe 3 de l'article 19 de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954.

Article 14

La traduction prévue au paragraphe 2 alinéa 3 de l'article 19 de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954 peut aussi être certifiée par un traducteur assermenté de l'Etat requérant.

Article 15

Les actes établis ou authentifiés par un tribunal ou un notaire dans l'un des deux Etats n'ont pas à être certifiés à nouveau dans l'autre Etat.

Article 16

Les ministères de la justice des deux Etats se communiquent réciproquement sur demande des informations sur leur droit national aux fins d'une procédure en matière civile.

Article 17

Avec l'entrée en vigueur du présent Accord les articles 1 à 17 de la Convention du 22 juin 1930 entre l'Autriche et la Turquie relative aux relations réciproques en matière judiciaire civile et commerciale et relative à l'exécution des décisions judiciaires¹ devient caduque.

¹ Voir p. 319 du présent volume.

Article 18

Tout différend qui pourrait survenir entre les deux Etats en ce qui concerne l'interprétation ou l'application du présent Accord doit être réglé par la voie diplomatique.

Article 19

Le présent Accord sera ratifié. Les instruments de ratification seront échangés à Vienne.

L'Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois durant lequel les instruments de ratification auront été échangés.

Chacun des deux Etats pourra dénoncer l'Accord moyennant notification écrite adressée à l'autre Etat par la voie diplomatique. La dénonciation produira effet le dernier jour d'une période de six mois calculée à partir de la date de réception de la notification.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires ont signé le présent Accord.

FAIT à Ankara, le 16 septembre 1988 en double exemplaire, en langues allemande et turque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

MOCK

Pour la République
de Turquie :

YILMAZ
